

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 35

vom 16. September 2011
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Arbeit für Menschen mit Behinderungen.....	3
Neuer Geschäftsführer im Hamburger Jobcenter	4
Vielfalt in der Nachbarschaft entdecken.....	5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Schluss mit Wildtieren in Zirkussen	7
Zeig deine Pflegestärken	8
Verbraucherschutzminister setzen weiter auf Hygieneampel.....	10
Mehr Krankenhausbetten in der Psychiatrie und Psychosomatik.....	12

Schule, Jugend und Berufsbildung

Honorarverträge - Altlasten behindern Schulreformen	14
Neuer Internetauftritt des Landesinstituts	16
Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS 10/11).....	17

Stadtentwicklung und Umwelt

Hamburgs Immobilien im Überblick	22
Die „UmweltPartnerschaft Hamburg“ - Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand	24
Premiere im Rahmen der Umwelthauptstadt	25
Nachholbedarf: In Hamburg lernt Europa Nachhaltigkeit	27
GreenPort Congress: Häfen stellen sich „grünen“ Herausforderungen	28
Wetterdaten zum Klimawandel	30

Inneres

Hamburg setzt sich für die doppelte Staatsbürgerschaft ein	31
--	----

Datenschutz

selbst & bewusst – Persönlicher Datenschutz bei Facebook	32
Hinweise für Webseitenbetreiber mit Sitz in Hamburg, die Google Analytics einsetzen	33
Beanstandungsfreier Betrieb von Google Analytics ab sofort möglich	35

Zur Information

Terminkalender	37
----------------------	----

12. September 2011/basfi12

Arbeit für Menschen mit Behinderungen

Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen hat erstmals wieder getagt

Am heutigen Montag ist der Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen zu seiner ersten gemeinsamen Sitzung in der neuen Legislaturperiode zusammengekommen. Sozialsenator Detlef Scheele war in dieser Sitzung zu Gast. Schwerpunktthema dieses Gremiums war das Thema Arbeit für Menschen mit Behinderung.

„Die Themen Arbeit und Beruf von Menschen mit Behinderung liegen mir in meiner Arbeit als Senatskoordinatorin für die Gleichstellung sehr am Herzen. Durch Arbeit erfährt jeder Mensch eine Selbstbestätigung. Gerade für Menschen mit Behinderung ist dieser Punkt von besonderer Wichtigkeit“, erklärte Ingrid Körner.

Sozialsenator Detlef Scheele sieht es ähnlich: „Arbeit ist ein wesentlicher Baustein für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben“, sagte er.

Der Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen ist ein Gremium, das die Senatskoordinatorin bei ihrer Arbeit beraten soll und viermal im Jahr tagt. „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, bei der Neubesetzung der Mitglieder für den Landesbeirat einen Querschnitt von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und ihrer Verbände zu präsentieren. Ich bin sicher, dass dieses Gremium mich sehr gut in meiner Arbeit unterstützen wird“, so Ingrid Körner.

Grundlage für den Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen ist das Hamburgische Gesetz zur Gleichstellung (HmbGG), dort heißt es unter Abs. 4 §14 (1): „(...) der Beirat hat die Aufgabe, die Koordinatorin (...) für die Gleichstellung behinderter Menschen in allen Fragen, die die Belange behinderter Menschen berühren, zu beraten und zu unterstützen und gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen.“

Für Rückfragen der Medien:

**Senatskoordinatorin für die Gleichstellung
behinderter Menschen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler

Tel.: 040 - 42863-5723,

E-Mail: frauке.prenzler@basfi.hamburg.de

13. September 2011/basfi13



Neuer Geschäftsführer im Hamburger Jobcenter

Friedhelm Siepe ist ab dem 10. Oktober der Leiter von team.arbeit.hamburg

Die Trägerversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg hat am heutigen Dienstag Friedhelm Siepe einstimmig für die nächsten fünf Jahre zum neuen Geschäftsführer des größten Jobcenters Deutschlands bestellt.

Der Lübecker Friedhelm Siepe (58) ist ein ausgewiesener Fachmann, der über jahrzehntelange Führungs- und Verwaltungserfahrung verfügt. Er folgt Thomas Bösenberg, der am 17. August 2011 als Geschäftsführer abberufen wurde. Siepe hat seit 1997 in verschiedenen Positionen in der Regionaldirektion Nord gearbeitet, dem damaligen Landesarbeitsamt. Seit 2004 ist er dort als Mitglied der Geschäftsführung für den Internen Service der Arbeitsagentur verantwortlich.

„Ich freue mich, dass wir die ausgeschriebene Stelle mit einem äußerst kompetenten Arbeitsmarktexperten besetzen können“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Damit kommen wir unserem gemeinsamen Ziel ein großes Stück näher, optimale Bedingungen für Arbeitslose zu schaffen, um sie langfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

Auch **Sönke Fock, Chef der Agentur für Arbeit Hamburg** ist von Friedhelm Siepe überzeugt: „Das Jobcenter team.arbeit.hamburg ist mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und seinen Kundinnen und Kunden ein wichtiger Akteur am Wirtschaftsstandort Hamburg. Friedhelm Siepe stellt sich dieser großen Verantwortung und erhält von uns volle Unterstützung“, sagt er.

„Ich freue mich auf die neue Aufgabe“, betont Friedhelm Siepe. Gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters – sowohl aus der Freien und Hansestadt Hamburg als auch aus der Agentur für Arbeit Hamburg - möchte ich einen wichtigen, integrativen Beitrag in dieser Stadt leisten. Ziel ist es, den Kunden des Jobcenters team.arbeit.hamburg einen geeigneten und dauerhaften Weg in ein selbstbestimmtes und finanziell unabhängiges Leben zu ermöglichen. Dies ist unsere Aufgabe, die wir nur gemeinsam in enger Zusammenarbeit mit allen Akteuren am Arbeitsmarkt leisten können.“

Für Rückfragen der Medien:

<p>Nicole Serocka Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Tel: 428 63 - 2889 E-Mail: pressestelle@basfi.hamburg.de</p>	<p>Knut Böhrnsen Presse und Marketing Bundesagentur für Arbeit Tel: 24 85 - 22 30 E-Mail: Ham-burg.PresseMarketing@arbeitsagentur.de</p>
---	---

13. September 2011/basfi13a

Vielfalt in der Nachbarschaft entdecken



Aktionstage ‚Nachbarschaft verbindet‘ starten zum zweiten Mal

Gemeinsam mit dem AKTIVOLI-Netzwerk, dem Arbeitskreis Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V., der Freiwilligenbörse Hamburg und der Verband der norddeutschen Wohnungswirtschaft organisiert die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die Aktionstage ‚Nachbarschaft verbindet‘. Vom 16. September 2011 bis zum 1. Oktober 2011 sind alle Hamburgerinnen und Hamburger erneut aufgerufen, gemeinsam ein Zeichen für ein aktives Miteinander unter Nachbarn setzen.

„Während der Aktionstage ‚Nachbarschaft verbindet‘ haben alle die Bürger die Chance, mehr von ihren Nachbarn zu erfahren und gemeinsam neue Projekte auf die Beine zu stellen“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Deshalb freue ich mich, dass die Aktionstage auch von so vielen Verbänden, Netzwerken und Wohnungsbaugenossenschaften mitgetragen werden.“

Denn dabei sein können alle, die Nachbarn haben: Initiativen, Hausgemeinschaften, Vereine, Einrichtungen und Institutionen - der Fantasie und Kreativität der Akteure sind bewusst keine Grenzen gesetzt. Traditionelle Veranstaltungen wie Kinderfeste, Fußballturniere oder Flohmärkte sind genauso willkommen wie Vorlese-Happenings, gemeinsame Kochabende, kleine Garten-Partys oder Hauskonzerte. Wer möchte, kann seine Aktion bei der Freiwilligenbörse Hamburg bekanntgeben und sie dort in einem Veranstaltungskalender aufnehmen lassen, der auch im Internet veröffentlicht wird.

Die Aktionstage finden zeitgleich mit der bundesweit begangenen „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ und der „interkulturelle Woche“ statt. Dabei soll deutlich werden, dass eine aktive Nachbarschaft der Schlüssel für ein gelungenes Miteinander in der Stadt ist. Denn eine gute Nachbarschaft verbindet vor allem auch Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die türkische Gemeinde und das Stadtteilzentrum „Die RothenBurg“ bieten in Rothenburgsort beispielsweise eine gemeinsame Kochaktion für Nachbarn an.

Kooperationspartner der Aktionstage sind in diesem Jahr:

- der Arbeitskreis Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V.
- das AKTIVOLI-Netzwerk
- die Freiwilligenbörse Hamburg
- der Verband der norddeutschen Wohnungswirtschaft
- der Norddeutsche Rundfunk (NDR 90,3 und Hamburg Journal)

Über 170 Veranstaltungen (Stand 8.9.2011) hat die eaktivoli Freiwilligenbörse Hamburg bisher in einen zentralen Veranstaltungskalender eingetragen, der auch im Internet veröffentlicht wird. Die Helfer der Freiwilligenbörse unterstützen Ratsuchende auch bei Fragen und vermitteln, wenn jemand eine Idee hat, aber nicht weiß, wie und mit wem er diese umsetzen kann. Die Hotline der Freiwilligenbörse ist ab sofort Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr unter ☎ **040-411 88 6700** oder per E-Mail über freiwilligenboerse-hamburg@hamburg.de zu erreichen.

Außerdem bietet die Sozialbehörde den Akteuren Werbematerialien wie Türanhänger, Flyer und Plakate an, mit denen sie für ihre Aktionen werben können. Diese können auf der Seite www.hamburg.de/nachbarschaft-verbindet bestellt werden, unter der Sie auch weitere Informationen über die Aktionstage finden.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

13. September 2011/bgv13

Schluss mit Wildtieren in Zirkussen

Senat beschließt Bundesratsinitiative für ein bundesweites Haltungsverbot

Der Hamburger Senat hat heute beschlossen, sich im Bundesrat mit einer Initiative für ein Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus einzusetzen. Im Fokus stehen dabei Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde, weil gerade diese Tierarten über einen ausgeprägten körperlichen Bewegungsdrang und über ein hochentwickeltes Sozialverhalten verfügen.

„Bestimmte wildlebende Tiere in Zirkussen artgerecht zu halten, ist schon auf Grund der Mobilität der Betriebe kaum möglich. Durch die engen Käfige oder Fahrt-, Auf- und Abbaueiten fehlt den Tieren die artgerechte Bewegung“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Den daraus entstehenden Leiden der Tiere, wie auch Erkrankungen oder Verhaltensstörungen, können wir nur durch ein generelles bundesweites Haltungsverbot entgegengetreten. Niemand möchte Kindern oder auch Erwachsenen den Spaß am Zirkus nehmen, aber Zirkus kann auch ohne Elefanten oder Affen ein Erlebnis sein.“

Mit dem Hamburger Antrag, der jetzt in den Bundesrat eingebracht wird, wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Rechtsverordnung gemäß dem Tierschutzgesetz zu erlassen, die das Halten bestimmter Tierarten im Zirkus verbietet.

Bereits 2003 hat der Bundesrat mit der Zustimmung Hamburgs eine EntschlieÙung unter anderem zum Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus gefasst. Die Bundesregierung wurde gebeten, unverzüglich eine Rechtsverordnung gemäß des Tierschutzgesetzes zu erlassen, die insbesondere das Halten von Affen, Elefanten und Großbären im Zirkus, mit entsprechenden Übergangsregelungen für vorhandene Tiere, grundsätzlich verbietet. Bis heute ist die Bundesregierung diesem Ersuchen allerdings trotz wiederholter Aufforderungen nicht nachgekommen. Daher will der Senat mit dem aktuellen Vorstoß der Forderung erneut Nachdruck verleihen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

14. September 2011/bgv14

Zeig deine Pflegestärken

Plakatkampagne zur Werbung für Pflegeberufe

Die Gesundheitsbehörde wirbt ab sofort zusammen mit Krankenhäusern, Pflegediensten und Pflegeheimen an U- und S-Bahn-Haltstellen und Litfaßsäulen in Hamburg für Pflegeberufe. Zielgruppe sind besonders Jugendliche der 8. bis 10. Klassen in der Berufsorientierungsphase. Sie sollen angeregt werden, sich über Pflegeberufe zu informieren und diese Berufsperspektive für sich zu entdecken.

„Der Bedarf an Pflegekräften wächst, sie sind krisensicher und abwechslungsreich, und sie bieten mit vielfältigen Schwerpunktsetzungen Entwicklungsmöglichkeiten bis zur Selbstständigkeit, zum Studium und in Führungspositionen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Es sind Berufe, in denen junge Menschen ihre ganz unterschiedlichen Stärken zur Geltung bringen können. Darüber wollen wir junge Menschen informieren und so zum Pflegeberuf motivieren.“

In Hamburg stehen jedes Jahr rund 680 neue Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, 75 Plätze in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie etwa 370 Plätze in der Altenpflege zur Verfügung.

Die Plakate mit zwei unterschiedlichen Motiven werden bis zum 26. September an 447 Hamburger Litfaßsäulen und ab 16. September zusätzlich auf 125 Werbeflächen der U-Bahnhöfe ausgehängt. Außerdem sind die Motive in kleineren Formaten für Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser verfügbar. Die für die Berufsorientierung verantwortlichen Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen werden darüber hinaus mittels Anschreiben auf die Kampagne und die Lehrstellenbörse aufmerksam gemacht.

Schüler, Schülerinnen und Lehrer können auf folgenden Wegen mehr über eine Pflegeausbildung in Hamburg erfahren:

- Die Kampagnen-Website www.zeig-deine-pflegestaerken.de enthält u.a. eine norddeutsche Lehrstellenbörse mit freien Ausbildungsplätzen, Praktika und Freiwilligendiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- Über Informationen auf der **Hanseatischen Lehrstellenbörse am 20. und 21. September 2011** in der Handelskammer Hamburg (Stand 56 und 57).



- Während der **Messe „Du und Deine Welt“** am **28. und 29. September 2011** in der Hamburg Messe wird in der Halle B 5 im Forum Gesundheit in Kurzvorträgen über die Pflegeberufe informiert. Ansprechpartner für weitere Fragen stehen dort vor Ort zur Verfügung.
- Ansprechpartner für weitere Informationen und Ausbildungsplätze vermittelt auch der telefonische Hamburg-Service unter 428 280 (montags bis freitags zwischen 7 und 19 Uhr).
- Alle Informationen zu den Berufen und alle Hamburger Ausbildungsbetriebe sind auf den Seiten www.hamburg.de/krankenpflege und www.hamburg.de/altenpflege zu finden.

Die Kampagne, die durch die Gesundheitsbehörde für Hamburg adaptiert wurde, basiert auf einer repräsentativen Studie, die das Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) der Universität Bremen im Auftrag des Norddeutschen Zentrums zur Weiterentwicklung der Pflege erstellt hat. Weitere Informationen dazu stehen ebenfalls im Internet zur Verfügung unter www.zeig-deine-pflegestaerken.de.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

16. September 2011/bgv16

Verbraucherschutzminister setzen weiter auf Hygieneampel

VSMK fasst Beschlüsse zu Konsequenzen aus EHEC-Krise

Die heute in Bremerhaven zu Ende gegangene 7. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) hält an der Einführung einer Ampelkennzeichnung zur Transparenz der amtlichen Hygienekontrollen fest. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll unter Beteiligung der Wirtschaftsministerkonferenz eine gemeinsame Lösung erarbeiten. Des Weiteren wurden in der Konferenz Beschlüsse in Folge der EHEC-Krise oder zu Regelungen in der Finanzvermittlung gefasst.

„Wir wollen die Hygieneampel, weil sie Transparenz für Verbraucher und einen Anreiz für Betriebe schafft, hohe Hygienestandards einzuhalten“, so **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Es geht dabei nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen oder wirtschaftlich zu schädigen. Aber der Verbraucher hat das Recht über schwarze Schafe der Lebensmittelbranche, die es mit der Hygiene nicht so genau nehmen, informiert zu werden. Für vorbildliche Betriebe ist die Ampel ein Wettbewerbsvorteil.“

Bereits auf der Sonder-VSMK im Mai hatten sich die Verbraucherschutzminister für die bundesweite Einführung einer Hygieneampel ausgesprochen. Mit ihr sollen die Ergebnisse der Betriebskontrollen der amtlichen Lebensmittelüberwachung durch den Aushang eines Kontrollbarometers - im Farbverlauf von grün bis rot - in den lebensmittelverarbeitenden Betrieben deutlich gemacht werden. Nachdem die Wirtschaftsminister der Länder das vorgeschlagene Modell auf Ihrer Konferenz im Juli aber mehrheitlich abgelehnt hatten, soll nun im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Wirtschaftsministerkonferenz versucht werden, sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen. Hamburg wird als zukünftiges Vorsitzland der VSMK im kommenden Jahr in dieser Arbeitsgruppe mitwirken.

Konsequenzen aus der EHEC-Krise

Als Konsequenz aus der EHEC-Krise beschlossen die Verbraucherschutzministerinnen und -minister bzw. die Senatorinnen und Senatoren die Einsetzung eines Krisenstabes der Staatssekretäre und Staatsräte von Bund und Ländern zur politischen Steuerung bei länderübergreifenden Ereignissen. Eine zentrale Task-Force aus Fachexperten soll die operativen Aufgaben, wie z.B. die Auswertung der vorliegenden Daten und die Erstellung der Lageberichte, vornehmen. Das Instrument der Task-Force hatte sich unter der Beteiligung Hamburgs bereits bei der zurückliegenden EHEC-Epidemie bewährt.

Konzentration der Überwachungsaufgaben im finanziellen Verbraucherschutz

Weiteres Thema der VSMK war auch die Konzentration aller Überwachungsaufgaben im finanziellen Verbraucherschutz bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Mit dem Beschluss der Ministerinnen und Minister soll die Aufsicht über Finanzdienstleister wie Banken, Versicherungen und freie Vermittler effektiver werden. Ferner soll die Zusammenarbeit zwischen der BaFin und den Verbraucherzentralen intensiviert werden, um insbesondere Missstände im Bereich der Vermögensanlagenvermittlung schneller aufdecken zu können.

„Hamburg hat sich bereits mit einem Antrag im Bundesrat für eine Konzentration der Überwachungstätigkeiten über den sogenannten Grauen Kapitalmarkt bei der BaFin zur Stärkung des Anlegerschutzes stark gemacht“, so **Verbraucherschutzsenatorin Prüfer-Storcks**. „Eine bessere Überwachung von Finanzdienstleistern und deren Produkten kommt jedem Verbraucher zugute. Die VSMK hat heute wesentliche Forderungen an die Bundesregierung beschlossen, die Eingang in die Reform der nationalen Finanzaufsicht finden sollen. Insbesondere ist neben der Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung auch eine enge Kooperation mit den Verbraucherzentralen erforderlich.“

Weitere Informationen zur 7. Verbraucherschutzministerkonferenz stehen im Internet zur Verfügung unter <http://www.verbraucherschutzministerkonferenz.de/>.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt, Tel.: 42837 - 2332,

E-Mail: pressestelle@bqv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bqv

16. September 2011/bgv16a

Mehr Krankenhausbetten in der Psychiatrie und Psychosomatik

Gesundheitsbehörde trifft Letztentscheidung über Kapazitäten in Hamburg

Die Gesundheitsbehörde nimmt zusätzliche Betten für die psychiatrische und psychosomatische Versorgung der Hamburger Bevölkerung in den Krankenhausplan 2015 auf. Insbesondere in der Gerontopsychiatrie und der Psychosomatik werden zusätzliche Kapazitäten geschaffen. „Mit der Entscheidung tragen wir der erhöhten Inanspruchnahme der Versorgungsangebote in den Hamburger Krankenhäusern in der Psychiatrie/Psychotherapie und Psychosomatik und dem besonderen Bedarf gerade älterer Menschen mit psychischen Erkrankungen Rechnung“, erklärt Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Allerdings muss dieser Ausbau der Krankenhauskapazität mit Augenmaß betrieben werden, denn gerade psychisch kranke Menschen brauchen in erster Linie eine gute ambulante Versorgung in ihrem gewohnten Lebensumfeld. Mit einer zu frühen Hospitalisierung tut niemand psychisch Kranken einen Gefallen.“

Mit der so genannten Letztentscheidung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) über Kapazitäten in der Psychiatrie und Psychosomatik im Rahmen der Hamburger Krankenhausplanung werden ab 1. Oktober 2011 insgesamt zusätzlich 52 vollstationäre Betten und 30 teilstationäre Behandlungsplätze im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, der Asklepios Klinik Nord, dem Asklepios Westklinikum Hamburg, der Schön Klinik Hamburg-Eilbek, dem Albertinen-Krankenhaus und dem Bethesda Krankenhaus Bergedorf ausgewiesen. Teilweise handelt es sich dabei um die Umwandlung von vollstationäre in teilstationäre Kapazitäten. Über Anträge zur Kinder- und Jugendpsychiatrie für den Bereich Harburg/Altona wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden, da noch weitere Gespräche mit den Krankenhäusern über sinnvolle Kooperationen geführt werden.

Ab Oktober soll es dann in der Psychiatrie/Psychotherapie 1.402 vollstationäre Betten und 460 teilstationäre Behandlungsplätze sowie in der Psychosomatik 162 vollstationäre Betten und 70 teilstationäre Behandlungsplätze geben.

Die Letztentscheidung der Behörde war notwendig geworden, nachdem die Hamburgische Krankenhausgesellschaft (HKG), die Krankenkassenverbände in Hamburg und die BGV im Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung im August 2011 kein Einvernehmen erzielt haben.

Verschiedene Hamburger Krankenhäuser hatten eine größere Anzahl zusätzlicher Betten und teilstationärer Behandlungsplätze beantragt, deren Notwendigkeit aber durch die Auslastungszahlen der Krankenhäuser in dieser Höhe nicht untermauert wurde. Bereits heute verfügt Hamburg über mehr Psychatriebetten je Einwohner als vergleichbare Metropolen, wie etwa Berlin, und über eine große Anzahl niedergelassener Psychotherapeuten. Dass es trotzdem zu Wartezeiten für ein Erstgespräch und einen ambulanten Therapieplatz kommen kann, liegt aus Sicht der BGV an einer zu verbessernden Organisation des Zugangs zur Behandlung, mangelnder Vernetzung von Ärzten und Psychotherapeuten mit Krankenhäusern und ergänzenden psycho-sozialen Hilfen, an nicht immer passenden Therapiekonzepten und teilweise zu langer Verweildauer in Krankenhäusern und Tageskliniken. „Psychisch kranke Menschen brauchen nicht mehr Krankenhausbetten, sondern bessere ambulante Versorgungsmodelle und einen schnelleren Zugang zur Therapie“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Hier ist auch die Innovationskraft der Krankenhäuser gefragt, die sich mit ihren vielfältigen Versorgungsangeboten, von stationär über teilstationär bis ambulant, einbringen und die Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten suchen sollten. Es kann kein einfaches „weiter so“ geben.“ Dass inzwischen in Hamburg verschiedene integrierte psychiatrische Versorgungsmodelle zwischen Krankenkassen, Kassenärztlicher Vereinigung Hamburg, Krankenhäusern, Ärztezentren, Versorgungszentren und gemeindepsychiatrischen Einrichtungen verhandelt oder schon umgesetzt werden zeige, dass die Beteiligten die Probleme erkannt und auf die Hinweise der Gesundheitsbehörde reagiert hätten.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

12. September 2011/bsb12

Honorarverträge - Altlasten behindern Schulreformen Arbeitsgruppe der Schulbehörde berät Schulen

Hamburgs Schulen organisieren Teile des schulischen Ganztagsbetriebs sowie schulische Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsgruppen mit Lehrkräften, die über Honorarverträge beschäftigt sind. Die Rechtmäßigkeit der zwischen 2006 und 2010 abgeschlossenen Honorarverträge an Hamburgs Schulen wird jetzt von der Deutschen Rentenversicherung geprüft.

Dazu erklärt Hamburgs Schulsenator Ties Rabe:

„Anlass für die Prüfungen sind u.a. Verstöße im Zusammenhang mit Honorarverträgen an Schulen in Niedersachsen. Deshalb prüft die Rentenversicherung jetzt auch in anderen Bundesländern die Honorarverträge auf ihre Rechtmäßigkeit. **Sollten einige Verträge nicht rechtmäßig sein, müssen Beiträge an die Rentenversicherung abgeführt werden.** In Hamburg sollen aus den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt rund 2.500 Fälle an rund 300 Schulen geprüft werden.

Alle jetzt zu prüfenden Verträge wurden vor meinem Amtsantritt in der Zeit Amtsvorgänger in den Jahren 2006 bis 2010 auf den Weg gebracht. **Die entsprechenden Risiken waren damals bekannt.** Die Rechtskonstruktion der Honorarverträge wurde damals so gewählt, dass die Schulleitungen als Vertragspartner die Verantwortung für die richtige Ausgestaltung der Honorarverträge tragen. Ich gehe deshalb davon aus, dass die damaligen Senatoren Hamburgs Schulleitungen entsprechend vorbereitet und über die rechtmäßige Anwendung der Honorarverträge informiert haben.

Als Senator werde ich die Schulleitungen bei der Prüfung dennoch nicht allein lassen. Ich habe deshalb schon vor eineinhalb Wochen eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. So habe ich umgehend eine behördliche Expertengruppe eingesetzt, die die rechtlichen und organisatorischen Fragen klärt. **Den Schulen wurden in der letzten Woche rechtliche und fachliche Informationen zugeschickt, um ihnen die Aufgabe zu erleichtern.** Darüber hinaus hat die Schulbehörde bei der Rentenversicherung eine Verlängerung der Prüfungsfrist durchgesetzt, um den Schulen genug Zeit für das sorgfältige Ausfüllen der Formulare zu geben. Falls Verträge zu beanstanden sind, haben wir den Schulen zugesichert, über die Behörde die entsprechenden Beiträge nachzuentrichten. Es ist bedauerlich, dass zu den zahlreichen Altlasten der Hamburger Schulpolitik jetzt eine weitere hinzukommt und die künftige Arbeit belastet. Ich werde alles tun, um auch dieses Problem zu lösen.

Seriöse Honorarverträge sind ein sinnvolles Mittel und sollen auch künftig eingesetzt werden, um den schulischen Ganztagsbetrieb zu ergänzen und Nachhilfeunterricht anzubieten. **Für eine voreilige Aufkündigung von Honorarverträgen oder einen Stopp neuer Honorarverträge besteht kein Grund, wenn alle Beteiligten die ent-**

sprechenden Regularien einhalten. Auch der von den Eltern privat außerhalb der Schule organisierte Nachhilfeunterricht wird meistens über Honorarverträge abgeschlossen. Dem Einsatz von Honorarverträgen für die schulischen Lernförderungsangebote steht deshalb grundsätzlich nichts im Wege.“

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

13. September 2011/bsb13

Neuer Internetauftritt des Landesinstituts

Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) hat seinen Internetauftritt komplett überarbeitet und ist ab sofort unter der neuen Webadresse www.li.hamburg.de zu erreichen.

Übersichtlicher, „leichter“, benutzerfreundlicher: Das LI hat sein umfangreiches Internetangebot mit rund 1200 Seiten und über 350 Downloads mit Materialien für Schule und Unterricht gestrafft und neu strukturiert - und mit einem übersichtlichen Design versehen. Unter dem Menüpunkt „Angebote“ sind nun alle Leistungen des LI für Lehrkräfte, Referendare, Schülergruppen, Eltern und allen anderen an Schule und Schulentwicklung Interessierten sowie die passenden Ansprechpartner zu finden. Vereinfacht hat die Redaktion auch den Zugang zum TeilnehmerInformationssystem TIS, der Veranstaltungsdatenbank des Landesinstituts.

Die neue Webseite macht es zudem allen Leserinnen und Lesern einfach, über neue Angebote, Projekte, Materialien und Veranstaltungen des Landesinstituts informiert zu werden: Interessierte Leser können kostenlos Nachrichtenticker (RSS-Feeds) abonnieren – und so stets auf dem Laufenden bleiben.

Kontakt:

Jörg Gensel

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Kundenkommunikation

Tel: (040) 428842-310

E-Mail: joerg.gensel@li-hamburg.de, Internet www.li-hamburg.de

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

16. September 2011/bsb16

Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS 10/11) - Ergebnisse der Längsschnittstudie für die Klassenstufen 10/11

Die Ergebnisse der Längsschnittstudie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“ (KESS) für die Klassenstufen 10/11, in der die Lernstände und die Leistungsentwicklung eines gesamten Schülerjahrgangs im Leseverständnis, in Mathematik, Englisch, Orthografie und in den Naturwissenschaften untersucht wurden, ist heute veröffentlicht worden.

Nach 2003 (KESS 4), 2005 (KESS 7) und 2007 (KESS 8), waren die Schülerinnen und Schüler dieses Jahrgangs zum vierten Mal in ausgewählten Kompetenzbereichen getestet und zu ihren fachbezogenen Einstellungen befragt worden. Die Erhebung, an der rund 13.300 Jugendliche teilgenommen haben, war im Juni 2009 (am Ende der Sekundarstufe I) bzw. im September 2009 (zu Beginn der gymnasialen Oberstufe) unter der Regie der Abteilung Qualitätsentwicklung und Standardsicherung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) durchgeführt worden.

Hinweis: Zum Erhebungszeitraum bestanden in Hamburg neben den Gymnasien noch Integrierte Gesamtschulen, Kooperative Gesamtschulen, Integrierte Haupt- und Realschulen (IHR), Realschulen, Aufbau-Gymnasien und Berufliche Gymnasien. Die Stadtteilschulen gingen erst mit dem Schuljahr 2009/10 an den Start.

Schulsenator Ties Rabe erklärte bei der Vorstellung:

"1. Die Daten bieten eine Vielzahl von wichtigen Informationen; 2. Die Schulbehörde wird die Ergebnisse jetzt sorgfältig auswerten und prüfen, was gut läuft und was besser werden kann; 3. Auf den ersten Blick erkennbar sind eine Reihe von Erfolgen und Handlungsfeldern: Im Fach Englisch sind Hamburgs Schülerinnen und Schüler erstaunlich erfolgreich. Hier sind sie in der Spitzengruppe Deutschlands.

Umgekehrt überrascht der hohe Anteil schwacher Leistungen in den Naturwissenschaften: Hier muss sich etwas ändern.

Sehr positiv wirkt sich die verdichtete Unterrichtszeit an den G8-Gymnasien aus: Ihre Schülerinnen und Schüler haben vor allem in Englisch einen deutlichen Leistungsvorsprung gegenüber dem Vergleichsjahrgang von vor 7 Jahren (LAU-Studie).

Es macht auch Mut, dass im Vergleich zu damals wesentlich mehr Schülerinnen und Schüler die Oberstufe besuchen und das Abitur anstreben. Dieser deutliche Anstieg geht entgegen vieler öffentlicher Vermutungen insgesamt gesehen nicht zu Lasten der Leistung. Dennoch zeigen die Zahlen, dass der Anteil an Jugendlichen mit ungünstigen Lernausgangslagen in der Klasse 11 zu groß ist und viele Schülerinnen und Schüler absehbar das Abitur kaum schaffen werden.

Wir brauchen deshalb - wie im gesamten Schulsystem - klarere Standards, was Schülerinnen und Schüler können müssen. Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten, das Abitur auch im Rahmen der Berufsschule oder einer beruflichen Ausbildung nachzuholen, wäre für einige Schülerinnen und Schüler ein anderer Bildungsweg vermutlich sinnvoller als die Oberstufe der allgemeinen Schulen."

Die zentralen Ergebnisse:

Lernstände am Ende der Sekundarstufe I und Lernentwicklungen im Verlauf der Jahrgangsstufen 9 und 10 (KESS 10)

Erwartungsgemäß verzeichnen die Gymnasien am Ende der Sekundarstufe I in allen untersuchten Kompetenzbereichen einen beträchtlichen Leistungsvorsprung vor den Gesamtschulen und den Realschulen (einschließlich der Integrierten Haupt- und Realschulen und der Realschulzweige an den Kooperativen Gesamtschulen), insbesondere in Englisch – das verdichtete Curriculum des achtstufigen Gymnasiums (G 8) bildet sich hierin deutlich ab. Demgegenüber finden sich lediglich in den Kompetenzbereichen Leseverständnis und Naturwissenschaften moderate Leistungsvorsprünge der Gesamtschulen vor den IHR- und Realschulen.

Erwartungswidrig sind die geringen Leistungsunterschiede im unteren Leistungsviertel der Gesamtschulen und der Realschulen, zumal etwa ein Viertel der Schülerschaft an den Gesamtschulen die Sekundarstufe I mit dem Hauptschulabschluss beendet, während die Realschulen ihre Schülerinnen und Schüler auf den Mittleren Schulabschluss vorbereiten. Dieser Befund ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen sozialen Zusammensetzungen der Schülerschaften beider Schulformen zurückzuführen. Auf der anderen Seite ist der Leistungsvorsprung des oberen Leistungsviertels der Gesamtschulen vor dem oberen Leistungsviertel der Realschulen deutlich geringer ausgeprägt als erwartet – immerhin erreichen über 40 Prozent der Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe.

Insgesamt sind die Lernzuwächse im Verlauf der Jahrgangsstufen 9 und 10 in den untersuchten Kompetenzbereichen beachtlich – mit einer Ausnahme: **Die Lernzuwächse im Bereich der naturwissenschaftlichen Grundbildung fallen in allen drei Schulformen vergleichsweise gering aus.**

Im Unterschied zu den vorausgegangenen KESS-Erhebungen sind die Geschlechterdifferenzen in der Lernentwicklung diesmal vergleichsweise gering – an den Gymnasien erreichen die Jungen in allen Kompetenzbereichen sogar etwas höhere Lernzuwächse als die Mädchen. Gleichwohl verzeichnen die Mädchen am Ende der Sekundarstufe I in allen Schulformen in den sprachlichen Kompetenzbereichen einen Leistungsvorsprung, insbesondere in der Orthografie, die Jungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften, der an den Gymnasien deutlich ausgeprägt ist.

Mit Blick auf die sozialen Hintergrundmerkmale finden sich insgesamt eher geringe Unterschiede in der Lernentwicklung zwischen Jugendlichen aus „bildungsnahen“ und „bildungsfernen“ Elternhäusern. Das bedeutet allerdings auch, dass die in den vorausgegangenen Erhebungen festgestellten Leistungsdifferenzen vor allem an den Gesamtschulen und an den Gymnasien auch am Ende der Sekundarstufe I Bestand haben – der Zusammenhang zwischen der sozialen Lage der Familien und den am Ende der Sekundarstufe I erreichten Lernständen ist in beiden Schulformen nach wie vor sehr eng, während soziale Hintergrundmerkmale an den Realschulen offenbar eine untergeordnete Rolle spielen.

Im Hinblick auf die fachbezogenen Einstellungen und Selbstkonzepte der Jugendlichen finden sich auffällige Geschlechterdifferenzen vor allem in Mathematik und Physik: Der Anteil der Mädchen mit eher negativen Einstellungen und Selbstkonzepten ist in beiden Fächern erheblich höher als der der Jungen.

Lernausgangslagen zu Beginn der gymnasialen Oberstufe (KESS 11)

Ein Vergleich der Lernausgangslagen zu Beginn der Jahrgangsstufe 11 bestätigt die erwartete erhebliche Leistungsdifferenz zwischen den Schülerinnen und Schülern, die in die zweijährige Oberstufe an den grundständigen Gymnasien eingetreten sind, und den Schülerinnen und Schülern, die in eine dreijährige Oberstufe (Gesamtschule, Aufbaugymnasium, Berufliche Gymnasien) eingetreten sind. Sie übertreffen den Lernzuwachs, den die Jugendlichen in den beiden vorausgegangenen Schuljahren erzielt haben.

Gleichwohl gibt es in allen Kompetenzbereichen beachtliche Überlappungen in den Leistungsverteilungen. So erreichen immerhin 46 Prozent der Jugendlichen in den dreijährigen Oberstufen in den Basiskompetenzen Leseverständnis und Mathematik Lernstände, die denen der Schülerinnen und Schüler in

der zweijährigen Oberstufe entsprechen. Umgekehrt verzeichnen 14 Prozent der Jugendlichen an den grundständigen Gymnasien Lernstände, die eher den Jugendlichen in den dreijährigen Oberstufen entsprechen.

In den Kompetenzbereichen Leseverständnis, Englisch, Mathematik und insbesondere Naturwissenschaften finden sich in den dreijährigen Oberstufen beträchtliche Anteile an Jugendlichen, die unter dem mittleren Lernstand des KESS-Jahrgangs am Ende der Jahrgangsstufe 8 liegen. **Mit Blick auf die curricularen Anforderungen der gymnasialen Oberstufe verzeichnen diese Schülerinnen und Schüler so erhebliche Leistungsrückstände, dass das Erreichen des Abiturs fraglich erscheint.**

Vergleich des KESS-Jahrgangs mit dem LAU-Jahrgang

Ein Vergleich zwischen den Lernausgangslagen des KESS-Jahrgangs mit denen des sieben Jahre zuvor getesteten LAU-Jahrgangs ergibt, dass die Schülerinnen und Schüler des KESS-Jahrgangs in der zweijährigen Oberstufe der grundständigen Gymnasien im Kompetenzbereich Englisch einen erheblichen Leistungsvorsprung vor dem LAU-Jahrgang aufweisen. Auch in Mathematik verzeichnen sie einen

– allerdings deutlich geringer ausgeprägten – Leistungsvorsprung. Demgegenüber bleiben sie im Bereich der Lesekompetenz hinter dem LAU-Jahrgang merklich zurück.

Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der erheblich höheren Bildungsbeteiligung im KESS-Jahrgang bemerkenswert – die Zahl der Jugendlichen, die in die Oberstufe des achtstufigen Gymnasiums eingetreten sind, liegt um 62 Prozent über dem LAU-Jahrgang.

Demgegenüber verzeichnen die Jugendlichen, die in die dreijährige Oberstufe an den Gesamtschulen und Aufbaugymnasien eingetreten sind, sowohl im Bereich der Lesekompetenz als auch in der mathematischen Grundbildung deutliche Leistungsrückstände gegenüber dem LAU-Jahrgang. Dies geht einher mit erheblich gestiegenen Anteilen an Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus „bildungsfernen“ Elternhäusern. Vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, dass sich ihre Lernausgangslagen im Kompetenzbereich Englisch nicht von denen des LAU-Jahrgangs unterscheiden.

Link zum KESS 10/11-Bericht: <http://bildungsserver.hamburg.de/bildungsqualitaet/>

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

12. September 2011/bsu12

Der neue Grundstücksmarktbericht ist da Hamburgs Immobilien im Überblick

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg und die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung haben den „Immobilienmarktbericht Hamburg 2011“ vorgelegt.

Diese ausführliche Bestandsaufnahme des Grundstücksmarktes der Hansestadt nennt neben weiteren interessanten Fakten für diesen Zeitraum vor allem die Umsätze und Preise von Grundstücken, Wohnungen und Häusern und lässt die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen. Zu Grunde liegt eine Auswertung der Kaufverträge über hamburgische Grundstücke, die die beurkundenden Notare der Geschäftsstelle übermitteln müssen. Dies garantiert - im Gegensatz zu der sonst vielfach vorgenommenen Analyse von Angebotspreisen - eine hohe Objektivität.

Einige wesentliche Tendenzen des Grundstücksmarktes:

- Die Zahl der 2010 verkauften Grundstücke, Wohnungen und Häuser stieg gegenüber dem Vorjahr um 8 %, wobei der Flächenumsatz sogar um 26 % und der Geldumsatz ebenfalls um 26 % stieg. Die Umsatzsteigerungen betrafen dabei alle Arten von bebauten Grundstücken und Eigentumswohnungen.
- Im Einzelnen wechselten 12.596 Grundstücke, Häuser und Wohnungen den Eigentümer. Den Hauptanteil daran hatten Eigentumswohnungen mit 58 %. Auf bebaute Grundstücke entfielen 33 %, auf unbebaute Baugrundstücke 8 % der Verkäufe. Der Gesamtumsatz betrug rund 6,2 Milliarden Euro.
- 2010 wurden in Hamburg 6 % mehr Ein- und Zweifamilienhäuser verkauft als im Jahr davor. Die Zahl der verkauften Eigentumswohnungen stieg 2010 um 9 %.
- Bei Büro- und Geschäftshäusern stieg der Umsatz 2010 nach der Anzahl der Verkäufe um 47 %, bezogen auf den Geldumsatz um 46 %. Bei Lager- und Produktionsgebäuden betrug die Umsatzsteigerung 32 %, bezogen auf den Geldumsatz sogar 83 %, allerdings war der Umsatz in diesem Segment im Vorjahr auch sehr schwach. Auch im Bereich der Mehrfamilienhäuser wurden 19 % mehr Objekte mit einem um 29 % gestiegenen Geldvolumen verkauft.

- Die Preise bei frei stehenden Einfamilienhäusern einschließlich Grundstück sowie Mittelreihenhäusern stiegen mit +5 % erstmals seit Jahren deutlich an. Bei Eigentumswohnungen lagen die Preise 2010 ebenfalls 5 % über dem Niveau des Vorjahres.
- Die Quadratmeterpreise für Mehrfamilienhäuser lagen 2010 bei rund 1.600 €/m² Wohnfläche. Im Durchschnitt wurde das 16-fache der Jahresnettokaltmiete gezahlt. Bei Büro- und Geschäftshäusern wurde im Schnitt das 14-fache gezahlt.
- Bei den Bauplätzen gab es unterschiedliche Entwicklungen: Bei den Ein- und Zweifamilienhausbauplätzen sank die Zahl der verkauften Grundstücke um 15 %, bei den Mehrfamilienhausbauplätzen stieg sie um 17 %. Bei den Büro- und Geschäftshausgrundstücken sank die Zahl um 23 %, bei den Gewerbegrundstücken stieg sie um 8 %. Bei den Verkäufen unbebauter Bauflächen einschließlich Bauerwartungsland wurden 2010 insgesamt rund 1,25 Millionen Quadratmeter Land und rund 470 Millionen Euro umgesetzt.
- Die Preise von Einfamilienhaus-Bauplätzen stiegen 2010 nur leicht an. Bei Mehrfamilienhaus-Bauplätzen gab es dagegen einen Anstieg um 7 %.
- Ein Einfamilien-Einzelhausbauplatz kostete 2010 durchschnittlich rund 200.000 Euro und war im Mittel 749 m² groß.

Der 128 Seiten umfassende "Immobilienmarktbericht Hamburg 2011" kostet **40,- € zuzüglich 4,- € Versandkosten** und ist erhältlich beim: Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Postfach 10 05 04, 20003 Hamburg, Fax 040-428 26 59 60, Mail: info@gv.hamburg.de

Kontakt:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Berthold Mahn,
040-42826-5285, berthold-mahn@gv.hamburg.de

14. September 2011/bsu14

Die „UmweltPartnerschaft Hamburg“ - Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand

Neue Wechselausstellung im Infopavillon der Umwelthauptstadt erklärt, wie eng ressourcenschonendes Wirtschaften und unternehmerische Leistungsfähigkeit zusammengehören.

In immer mehr Hamburger Unternehmen gehört Umweltschutz zur Zukunftsstrategie. Bis heute wurden schon über 800 Unternehmen als UmweltPartner ausgezeichnet. Allein 2011, im Jahr der Umwelthauptstadt, hat die UmweltPartnerschaft weitere 100 Unternehmen dazu gewonnen.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Mit dem Titel „Umwelthauptstadt Europas 2011“ haben wir gezeigt, dass Umweltschutz in einer industriell geprägten Stadt wie Hamburg im Schulterschluss aller gesellschaftlichen Gruppen möglich ist. Einen wichtigen Anteil daran haben freiwillige Maßnahmen von Industrie und Wirtschaft. Wenn es uns gelingt, ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlichem Wachstum sinnvoll zu kombinieren, können wir Vorbild sein für viele andere Städte in Deutschland und Europa.“

Die Ausstellung zeigt den Besuchern, vor welchen Herausforderungen Hamburgs Unternehmen beim Umweltschutz stehen und wie sie sich z.B. mit dem Einsatz klimaschonender Technik oder mithilfe von Vor-Ort-Beratung der Handelskammer für die Zukunft rüsten. Eine Plakatausstellung zeigt Beispiele der verschiedenen Förderprogramme, wie zum Beispiel ÖKOPROFIT und dem ‚Qualitätsverbund umweltbewusster Betriebe‘, die das Umweltmanagement für kleine und mittlere Betriebe fördern.

Besucher können sich außerdem mit der Vor-Ort-Beratung der Handwerkskammer austauschen. Auch die Handelskammer-Energielotsen stehen für Fragen zur Verfügung. Durch den Film „Gemeinsam aktiv - für Klima und Umwelt“ erfahren die Besucher mehr über die besondere Rolle des Programms ‚Unternehmen für Ressourcenschutz‘ unter dem Dach der UmweltPartnerschaft Hamburg. Ziel des Programms ist es, Unternehmen zu freiwilligen Maßnahmen in Sachen Energie- und Ressourceneffizienz zu motivieren. In der Summe vermeiden die Unternehmen aktuell 146 Tausend Tonnen CO₂ im Jahr und sparen dabei über 20 Mio € an Betriebskosten.

Adresse: Infopavillon der Umwelthauptstadt, Glockengießerwall 4, 20095 Hamburg (zwischen Kunsthalle u. Hauptbahnhof)

Öffnungszeiten: täglich 10:00 - 20:00 Uhr; Der Eintritt ist selbstverständlich frei

Infos zur UmweltPartnerschaft unter: www.hamburg.de/umweltpartnerschaft

Infos zur Umwelthauptstadt unter: www.umwelthauptstadt.hamburg.de

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

15. September 2011/bsu15

Premiere im Rahmen der Umwelthauptstadt

Erster Internationaler Umweltrechtstag fordert mehr Verbindlichkeit im internationalen Klimaschutz

Seit heute früh beraten Rechtsexperten aus der ganzen Welt in Hamburg über Klima- und Meeresumweltschutz. Der weltweit erste Internationale Umweltrechtstag will in zwei Tagen Maßstäbe setzen

Heute, am ersten Tag, geht es speziell um die Frage, wie Recht möglichst effektiv Klimaschutz fördern kann. Mit Blick auf die anstehende Klimakonferenz in Durban wollen die Juristen Vorschläge unterbreiten, die weltweit Beachtung finden sollen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Dem internationalen und nationalen Recht kommt - zum Beispiel bei der Verwirklichung großer Infrastrukturvorhaben - große Bedeutung zu. Ich setze auf den Internationalen Umweltrechtstag, der künftig alle zwei Jahre stattfinden soll. Und ich setze darauf, dass er als akademische Tagung die Arbeit der politischen Gremien und der bestehenden juristischen Netzwerke unterstützen wird - als Forum, das die Auseinandersetzung und Verständigung zwischen Interessengruppen ermöglicht und gemeinsame Rechtsgrundlagen erörtert. Der Umweltrechtstag soll ein Forum sein, das nicht nur den Status quo des Umweltrechtes diskutiert, sondern auch Ergebnisse präsentiert, die den Umweltschutz insgesamt voranbringen werden.“

Prof. Dr. Dirk Messner, stellvertretender Vorsitzender des „**Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltentwicklungen**“ der **Bundesregierung** (WBGU), wird den Stand der internationalen Klimaschutzverhandlungen vorstellen. Seine Prognose ist, dass allein das Kyoto Protokoll nicht ausreicht. Der WBGU fordert die Einführung eines globalen CO₂-Budgets auf der Basis gleicher Pro-Kopf-Emissionsrechte mit entsprechenden Ausgleichskäufen des Nordens in den Ländern des Südens.

Prof. Daniel Bodansky von der **Arizona State University** erläutert die Dringlichkeit und Chancen einer stärkeren Instrumentenvielfalt innerhalb des geltenden Klimaschutzregimes. Denn nicht jede Klimaschutz-Maßnahme ist in allen Ländern gleich gut anwendbar.

Am zweiten Konferenztag stehen Umweltrisiken in der Schifffahrt zur Debatte. Auch hier geht es um

praktische Ergebnisse. Denn obwohl die Schifffahrt einer der umweltfreundlichsten Transportwege ist, müssen auch hier verbindliche Regelungen für den Schadstoffausstoß gefunden werden. Die International Maritime Organisation (IMO) ist der wohl wichtigste Akteur in diesem Bereich und deshalb mit zwei Vortragenden auf dem Umweltrechtstag vertreten.

Die Konferenz wurde möglich durch die Zusammenarbeit der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und eines privaten Fördervereins (www.iurt.de).

Für Rückfragen zu der Konferenz oder Vermittlung von Interviewpartnern:
Kerstin Gröhn: Tel. 0176-24604789

Interessierte Pressevertreter sind herzlich zur Teilnahme eingeladen:

15. und 16. September 2011, 9:00-17:00 und 9:30-17:30 in der Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, 20355 Hamburg. Bitte melden Sie sich bei Kerstin Gröhn an unter kerstin.groehn@jura.uni-hamburg.de

Weitere Informationen und Programm unter www.hielc.org

15. September 2011/bsu15a

Nachholbedarf: In Hamburg lernt Europa Nachhaltigkeit

Hamburg bringt Umweltexperten aus den „Zug der Ideen“- Städten Zürich, Warschau, Tallinn, Barcelona und Marseille zusammen

Der „Zug der Ideen“ hat viele Europäer begeistert und gerade auch die zuständigen Verwaltungen der besuchten Städte für die Themen Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, Klima- und Umweltschutz sensibilisiert. Nachholbedarf – und hier ist Hamburg Vorreiter – besteht aber noch darin, diese Themen in die Breite zu bringen. Dazu muss man in erster Linie junge Menschen für Umwelt- und Klimaschutz begeistern, die Themen also in Kitas, Schulen und Berufsschulen tragen.

Die Vertreter dieser Städte haben sich heute zusammen mit dem World Future Council, dem Zukunftsrat Hamburg und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt darüber ausgetauscht, wie dies erreicht werden kann. Das heutige Treffen im Gut Karlshöhe im Rahmen der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ war ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Netzwerk Europas. Gerade die Hamburger Akteure sind aufgrund der Erfahrungen als Umwelthauptstadt wichtige Impulsgeber für die Gäste.

Eine Diskussionsrunde zum Thema „Europas Kommunen lernen Nachhaltigkeit“ bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, sich zum einen mit dem Stand der kommunalen Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ kritisch auseinanderzusetzen und zum anderen ihre Resonanz zum Zug der Ideen zu präsentieren.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

15.09.2011/hpa15

GreenPort Congress: Häfen stellen sich „grünen“ Herausforderungen

Hamburg, 15. September 2011 – Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) und die Hamburg Port Authority (HPA) ziehen ein positives Fazit des GreenPort Congress in Hamburg. Zwei Tage lang haben rund 200 Experten aus fast 30 Ländern über nachhaltiges Hafenmanagement diskutiert.

„Es ist keine Frage, ob Häfen umweltfreundlicher werden müssen, sondern nur wie und mit welchen Konzepten. Das Hafenmanagement nimmt hier eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen der Maritimen Wirtschaft und gesellschaftlicher Interessen ein“, fasst Patrick Verhoeven, Generalsekretär des Verbandes der europäischen Seehäfen (ESPO) den Kongress zusammen.

„Es gibt eine Vielzahl sehr interessanter Projekte, Häfen zukünftig umweltfreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig haben wir auch gesehen, dass wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich noch weiter steigern müssen“, so Wirtschaftssenator Frank Horch. „Ich war froh zu sehen, dass Hamburg sich im internationalen Vergleich aber nicht verstecken braucht. Der Hamburger Hafen nutzt seine Ressourcen sehr effektiv. Insbesondere der Einsatz von neuen Techniken wie beispielsweise bei der Verkehrssteuerung trägt hierzu bei“, so Horch. „Gleichzeitig habe ich aber auch festgestellt, dass wir mehr Kommunikation zwischen Hafen und Stadt aber auch den Umweltorganisationen brauchen, um den Hafen nachhaltig zu entwickeln. Hier sind andere Häfen weiter als wir. Mit dem breit angelegten Dialog zur Hafenentwicklungsplanung sind wir aber auf dem richtigen Weg“, so Horch.

Ein großes Thema des Kongresses war der Umgang mit Schiffsemissionen. Im Fokus dabei, alternative Kraftstoffe wie beispielsweise Flüssiggas. „Wir sind uns einig, dass unsere Verantwortung für die Umwelt nicht an der Hafengrenze endet“, so HPA-Geschäftsführer Jens Meier. „Wir müssen gemeinsam Anregungen schaffen, den Schadstoffausstoß zu reduzieren. Sowohl innerhalb der Häfen, aber auch darüber hinaus.“ Die HPA wird daher in den kommenden Monaten intensiv an Konzepten zur Nutzung von Flüssiggas und Wasserstoff arbeiten. „Wir haben in den vergangenen Tagen, wertvolle Anregungen erhalten. Es ist aber auch deutlich geworden, dass hier noch viel Entwicklungsarbeit notwendig ist. Die Experten haben klar gemacht: jeder Hafen ist einzigartig. Das bedeutet, dass wir uns gemeinsam Ziele setzen und Ideen austauschen. Vor Ort muss dann aber jeder Hafen im Rahmen seiner Besonderheiten eigene Umsetzungskonzepte erarbeiten“, so Meier.

Nachhaltigkeit im Hamburger Hafen

Innerhalb der HPA koordiniert seit zwei Jahren der Bereich Umweltstrategie die umweltrelevanten Tätigkeitsfelder des Unternehmens. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, den Verkehrsfluss weiter zu optimieren. So setzt die HPA darauf, die Hafenbahn weiter zu stärken. Der Hamburger Hafen ist der bedeutendste Eisenbahnhafen Europas. Über 30 Prozent aller Hinterlandverkehre laufen über die Hafenbahn. Die HPA hat in den vergangenen Jahren stark in die Gleisinfrastruktur investiert, um diesen Anteil weiter zu steigern. Damit auch der Straßenverkehr besser fließt, hat die HPA begonnen, ein neues IT-System einzuführen. Ziel ist, den Verkehrsfluss zu verbessern, Staus zu vermeiden und damit eine wirtschafts- und umweltfreundlichere Situation auf den Straßen im Hafen zu schaffen.

Grundlage dafür sind moderne Steuerungssysteme. Die HPA hat daher ihre IT-Netze zusammengeführt, um zukünftig die unterschiedlichen Verkehrsträger auch übergreifend steuern zu können. Zusätzlich konnte so der Energieverbrauch des HPA-Netzes gesenkt werden.

Emissionen verringern

Ein weiteres zentrales Thema ist, Emissionen zu vermindern. Die HPA-eigene Schiffsflotte fährt daher seit 2009 mit schwefelfreiem Treibstoff. Zusätzlich sind sowohl die eigenen Anlegeplätze als auch die öffentlichen Liegeplätze für Binnenschiffe und Fähren mit Landstromanschlüssen ausgerüstet.

Gleichzeitig bietet die HPA Anreize für ihre Kunden, möglichst wenig Schadstoffe freizusetzen. Seit Juli 2011 gibt es eine Umweltkomponente auf das Hafengeld für Seeschiffe. Die Hafenbahn belohnt den Einsatz umweltfreundlicher Rangierloks. Diese erhalten einen Rabatt auf die Hafententgelte, wenn sie über einen Rußfilter verfügen. Momentan werden 16 derartige Rangierloks im Hamburger Hafen eingesetzt.

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

16. September 2011/bsu16

Wetterdaten zum Klimawandel

Behörde für Stadtentwicklung & Umwelt und Deutscher Wetterdienst arbeiten künftig in Sachen Klimafolgen-Anpassung eng zusammen

Bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels und der Entwicklung von Anpassungsstrategien unterstützt der Deutsche Wetterdienst (DWD) die Bundesländer durch sein Know-how. Zu diesem Zweck hat der DWD jetzt mit Hamburg eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen.

Mit dem weltweiten Klimawandel steigen auch die Wahrscheinlichkeit extremer Wetterlagen und das Risiko wetterbedingter Katastrophen: Mit häufigeren und intensiveren Wolkenbrüchen ist zu rechnen, anhaltende Hitzewellen bedeuten gerade in Städten eine erhöhte gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, Dürreperioden können zu Problemen bei der Wasserversorgung führen.

Zur Vorbeugung und Vorsorge derartiger Katastrophen soll die jetzt abgeschlossene Verwaltungsvereinbarung dienen. Sie ermöglicht eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Stadt- und Raumplanung sowie Wasserwirtschaft. Besondere Themenfelder sind der Klimawandel und seine Folgen, die Anpassung an den Klimawandel sowie das Umweltmonitoring. Neben einem intensiven gegenseitigen Datenaustausch soll die wissenschaftliche Unterstützung durch den DWD im Vordergrund stehen.

Mehr dazu im **Internet** unter: www.dwd.de

Kontakt:

Deutscher Wetterdienst, Pressestelle 069-8062-4501, pressestelle@dwd.de
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, 040-42840-3249, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) ist der nationale Wetterdienst der Bundesrepublik Deutschland. Er erfasst, bewertet und überwacht mittels flächendeckender und hochleistungsfähiger Infrastruktur die physikalischen und chemischen Prozesse in unserer Atmosphäre und betreibt zudem das nationale Klimaarchiv, dessen lange Messreihen bei der Erforschung und Überwachung des Klimawandels eine zentrale Rolle spielen.

15. September 2011 / bis15

Hamburg setzt sich für die doppelte Staatsbürgerschaft ein

Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Optionszwangs wird am 23. September in Länderkammer eingebracht

Hamburg wird gemeinsam mit Bremen und Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des so genannten Optionszwangs starten: In Deutschland geborene Kinder von Einwanderern sollen danach ihre doppelte Staatsbürgerschaft auch als Erwachsene behalten dürfen. Die Gesetzesinitiative wird bereits in der nächsten Woche in den Bundesrat eingebracht.

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält jedes in der Bundesrepublik Deutschland geborene Kind ausländischer Eltern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich mindestens ein Elternteil mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält. Wenn diese Kinder volljährig werden, müssen sie sich - nach geltender Rechtslage - zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen ausländischen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Haben sie sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Die ersten Betroffenen – in Hamburg: 64 – haben im Jahr 2008 das 18. Lebensjahr vollendet; bis zum 31. Dezember 2017 werden in Hamburg weitere 1362 Personen (ohne Zu- und Wegzüge) optionspflichtig werden.

Diese Entscheidung für eine Staatsbürgerschaft fällt vielen jungen Menschen aber sehr schwer: Einerseits haben Sie in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt, andererseits fühlen sich viele von ihnen den kulturellen Traditionen des Heimatlandes ihrer Eltern verpflichtet.

Um dieses Problem aus der Welt zu schaffen, haben die Länder **Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg** jetzt eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet, die bei der nächsten Sitzung des Bundesrats am 23. September in die Länderkammer eingebracht wird. Ist die Gesetzesinitiative erfolgreich, werden die Betroffenen künftig neben der deutschen ihre bisherigen Staatsbürgerschaften behalten können.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann begrüßt die gemeinsame Bundesratsinitiative: „Das mit der Optionsregelung verfolgte Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit hat den Realitätstest nicht bestanden. Im Gegenteil: Der Zwang, sich für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden zu müssen, ist integrationsfeindlich. Die Hinwendung zum deutschen Staat manifestiert sich in der konkreten, aus freien Stücken gewählten Lebensweise und der Achtung unserer Rechtsordnung, nicht jedoch in einer erzwungenen Erklärung, seine ausländische Staatsangehörigkeit aufzugeben.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde



12. September 2011/ds12

selbst & bewusst – Persönlicher Datenschutz bei Facebook

Neue Informationsbroschüre des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Im Mai dieses Jahres machte der Fall der Hamburgerin Thessa bundesweit Schlagzeilen. Durch ein vergessenes Kreuz hatte sie die Einladung zu ihrer Geburtstagsparty nicht nur an ihre Freunde, sondern an die gesamte Facebook-Community verschickt. Es folgte ein massiver Polizeieinsatz, um der Masse der ungeladenen Gäste Herr zu werden. Seitdem häuft sich die Berichterstattung über ähnliche Fälle, zuletzt der eines 15-jährigen Mädchens aus dem Landkreis Cuxhaven an diesem Wochenende.

Sind die Facebook-Nutzer immer einfach nur leichtsinnig? Oder liegt es vielleicht auch daran, dass die richtigen Einstellungen bei Facebook oft nur schwer zu finden sind? Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat nicht zuletzt Thessa und ähnliche Fälle zum Anlass genommen, um eine Broschüre zum Thema Datenschutz bei Facebook herauszubringen. Vom „Freunde finden“ über Gesichtserkennung bis zur Einladung wird in 10 Tipps dargestellt, welche Einstellungen wo zu machen sind.

„Es ist schwer genug, den Selbstdatenschutz bei Facebook zu wahren. Die Nutzungs- und Datenschutzbestimmungen sind leider nicht für Jedermann ohne Weiteres verständlich. Mit unserer neuen Broschüre bieten wir hierfür eine Orientierungshilfe an“, so Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Die Broschüre ist kostenlos. Sie kann per Post beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit bestellt werden und steht auch als PDF auf www.datenschutz-hamburg.de zum Download zur Verfügung.

Kontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040 / 42854 - 4153

15.September 2011/ds15

Hinweise für Webseitenbetreiber mit Sitz in Hamburg, die Google Analytics einsetzen

(Stand: September 2011)

Google hat verschiedene Änderungen an dem Produkt Google Analytics vorgenommen, die Anforderungen der Datenschutzaufsichtsbehörden aufgreifen. Diese Änderungen betreffen zum einen die internen Verarbeitungsprozesse bei Google sowie die Einflussmöglichkeiten, die der Besucher einer Webseite, welche Google Analytics einsetzt, auf Ebene seines Browsers hat.

Zum anderen bestehen Anforderungen an die Webseitenbetreiber selbst.

Für einen beanstandungsfreien Betrieb von Google Analytics müssen Sie als Betreiber einer Webseite mindestens folgende Maßnahmen umsetzen:

1. Sie müssen den von Google vorbereiteten **Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung** schriftlich abschließen. Diesen Vertrag erhalten Sie unter „<http://www.google.de/intl/de/analytics/tos.pdf>“. Dabei ist zu beachten, dass Sie trotz des vorformulierten (und mit den Datenschutzaufsichtsbehörden abgestimmten) Vertragstextes formal Auftraggeber sind und Google in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten lediglich entsprechend Ihrer Weisungen handelt. Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag schließt bestimmte **Kontrollpflichten** auf Ihrer Seite ein, bei denen Google Sie durch Vorlage entsprechender Nachweise unterstützt.

2. Sie müssen die Nutzer Ihrer Website in Ihrer **Datenschutzerklärung** über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von Google Analytics aufklären und auf die **Widerspruchsmöglichkeiten** gegen die Erfassung durch Google Analytics hinweisen. Hierbei sollte möglichst auf die entsprechende Seite „<http://tools.google.com/dlpage/gaoptout?hl=de>“ verlinkt werden.

3. Sie müssen durch entsprechende **Einstellungen im Google Analytics-Programmcode** Google mit der Kürzung der IP-Adressen beauftragen. Dazu ist **auf jeder Internetseite** mit Analytics-Einbindung der Trackingcode um die Funktion „_anonymizelp()“ zu ergänzen. Weitere Details können der technischen Anleitung von Google auf der Seite „http://code.google.com/intl/de/apis/analytics/docs/gaJS/gaJSApi_gat.html#_gat._anonymizelp“ entnommen werden.

4. Haben Sie schon bisher Google Analytics in Ihre Webseiten eingebunden, ist davon auszugehen, dass dabei Daten unrechtmäßig erhoben wurden. Diese **Altdaten müssen gelöscht werden**. Google bietet nach unserer Kenntnis hierfür nur den Weg an, das bestehende Google-Analytics-Profil zu schließen und anschließend ein neues zu eröffnen. Bitte beachten Sie, dass Sie dabei möglicherweise einen anderen Trackingcode bzw. eine andere Web-Property-ID (UA-XXXXX-YY) erhalten und Ihre Webseiten entsprechend anpassen müssen.

Wir weisen darauf hin, dass diese Anforderungen den gesetzlichen Stand vom September 2011 widerspiegeln. Insbesondere im Zusammenhang mit der sog. „Cookie-Richtlinie“ (Änderung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation 2002/58/EG durch die Richtlinie 2009/136/EG) können sich zukünftig weitere Anforderungen ergeben.

15. September 2011/ds15a

Beanstandungsfreier Betrieb von Google Analytics ab sofort möglich

Google setzt Forderungen der Aufsichtsbehörden um

Seit Ende 2009 haben der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im Auftrag des Düsseldorfer Kreises und Google Gespräche über die erforderlichen Änderungen zum gesetzeskonformen Einsatz von Google Analytics geführt. Hintergrund dafür bildete der entsprechende Beschluss der Aufsichtsbehörden der Länder zur datenschutzkonformen Ausgestaltung von Analyseverfahren zur Reichweitenmessung bei Internet-Angeboten.

Durch konstruktive Gespräche ist es gelungen, sich gemeinsam auf zentrale Punkte zu einigen und diese umzusetzen. Insbesondere hat Google das Verfahren dahingehend geändert, dass

- den Nutzern die Möglichkeit zum Widerspruch gegen die Erfassung von Nutzungsdaten eingeräumt wird. Google stellt ein so genanntes Deaktivierungs-Add-On zur Verfügung (<http://tools.google.com/dlpage/gaoptout?hl=de>). Dieses Add-On war bisher für Internet Explorer, Firefox und Google Chrome verfügbar. Google hat nun Safari und Opera hinzugefügt, so dass alle gängigen Browser berücksichtigt sind;
- auf Anforderung des Webseitenbetreibers das letzte Oktett der IP-Adresse vor jeglicher Speicherung gelöscht wird, so dass darüber keine Identifizierung des Nutzers mehr möglich ist. Die Löschung erfolgt innerhalb Europas;
- mit den Webseitenbetreibern ein Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung nach den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes abgeschlossen werden soll.

Für Webseitenbetreiber stellt der Hamburgische Datenschutzbeauftragte besondere Hinweise auf seiner Homepage <http://www.datenschutz-hamburg.de> zur Verfügung. Macht ein Webseitenbetreiber von diesen Möglichkeiten Gebrauch, wird dadurch ein beanstandungsfreier Betrieb von Google Analytics gewährleistet.

Dazu Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit:

„Wir befinden uns am Ende eines langen, aber konstruktiven Abstimmungsprozesses. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den Datenschutz-Aufsichtsbehörden einerseits und Google andererseits haben die erzielten Verbesserungen ermöglicht. Ausdrücklich begrüße ich auch die Ankündigung von Google, dass die technischen Änderungen europaweit umgesetzt werden sollen. Ich möchte jedoch auch daran erinnern, dass die Arbeit nicht abgeschlossen ist. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass nicht Google, sondern die Webseitenbetreiber, die das Produkt einsetzen, für den datenschutzgerechten Einsatz verantwortlich sind.“

Darüber hinaus wird künftig erforderlich sein, die technischen Anforderungen des Opt-Out auch auf Smartphones zu übertragen. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der Analyse-Software mit dem derzeitigen Stand der Umsetzung keineswegs endgültig abgeschlossen ist. Technische und rechtliche Veränderungen erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung. So werden die ausstehende Umsetzung der E-Privacy-Richtlinie, aber auch die Einführung von IPv6 neue Schritte erfordern.

Hierzu gilt es, auch weiterhin mit Google im Dialog zu bleiben.

Kontakt/ Rückfragen:

Ulrich Kühn, Tel. 040 / 428 54 - 4054

Terminkalen- der

Vom 19. September bis 25. September 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 19.09.2011

- 13:30** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Honorargeneralkonsul der Republik Madagaskar, Eckhard Koll**, zum Gespräch.
- 14:30** Rathaus, Raum II
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt **Fachkräfte aus Dar es Salaam (Bereiche Medizin und erneuerbare Energien)**, die im Rahmen des Aus- und Fortbildungsprogramms des Hamburger Senats für Fachkräfte aus Entwicklungsländern (AFP-EL) in Hamburg zu Gast sind.
- 19:00** Körber-Stiftung, Kehr wieder 12
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Talkrunde der Körber-Stiftung und NDR 90,3 zum Thema „Hamburg 2030: Wie viel Macht den Bürgern?“** teil.
- 19:00** Haus der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 6
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort auf der **Veranstaltung „Rede zur Freiheit in Hamburg“**.

Dienstag, den 20.09.2011

- 14:15** Rathaus, Raum II
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt **eine Delegation des Stadtparlaments von Busan (Südkorea)** zum Gespräch.
- 15:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht das Grußwort beim **Senatsempfang für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**.
- 16:30** Kita Karoline, Karolinenstraße 35
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort bei der **Eröffnung des neuen barrierefreien Spielplatzes der Kita Karoline**.
- 17:00** Körberforum Hafencity
Senator Michal Neumann spricht bei der **Veranstaltung „Aktivoli-Marktplatz – Gute Geschäfte“** ein Grußwort.
- 19:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen am **Denkmalsalon zum Thema „Tafelsilber gegen Perlenketten“** teil.
- 19:00** HanseMerkur, Siegfried-Wedells-Platz 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Jahresempfangs der Diakonie** ein Grußwort.

Senator Detlef Scheele und Staatsrat Jan Pörksen nehmen teil.

Mittwoch, den 21.09.2011

ganztägig

St. Petersburg **bis zum 23.09.2011**

Senator Frank Horch reist mit einer Delegation nach **St. Petersburg. Der Schwerpunkt der Reise ist das Thema Hafenpolitik.**

10:00

Gymnasium Meiendorf, Schierenberg 60
Staatsrat Dr. Michael Voges eröffnet die **Konferenz der „Model United Nations of Hamburg (MUNoH)“** und spricht ein Grußwort.

11:15

Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Ties Rabe besucht die **"17. Hanseatische Lehrstellenbörse"**.

14:00

Best Western Queens Hotel, Mexikoring 1
Staatsrat Volker Schiek spricht bei der **Jahreshauptversammlung der Landesbeamten** ein Grußwort.

14:00

Schule Barlsheide, Bornheide 2
Senator Ties Rabe nimmt an der **Einweihung des Neubaus der Schule Barlsheide** teil und spricht ein Grußwort.

19:00

Körperforum, Kehr wieder 12
Senator Ties Rabe nimmt an der **Eröffnung des „3. Hamburger Mentoring Tages“** teil und spricht ein Grußwort.

19:00

ARD Hauptstadtstudio, Wilhelmstraße 67a, Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht den **„ARD Hauptstadttreff“**.

19:00

Grünspan, Große Freiheit
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des Reeperbahnfestivals** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt teil.

19:30

Bundesrat, Leipziger Straße 3 – 4, Berlin
Senatorin Jana Schiedek nimmt am **Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat** teil.

Donnerstag, den 22.09.2011

09:45

Handwerkskammer
Senatorin Jutta Blankau hält ein **Referat zur Eröffnung der Wohnungsbaukonferenz des Architektur Centrums „Sustainable Housing. Wohnen für alle in der kompakten Stadt“**.

10:15

Rathaus, Phönixsaal
Staatsrat Dr. Nikolas Hill begrüßt anlässlich des **Besuchs des Vizebürgermeisters aus Groningen** die niederländische Delegation.

11:00

Maritim Hotel, Otto-von-Guericke-Str. 87, 39104 Magdeburg
Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an der **Sonderkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister zum Thema „Sicherungsverwahrung“** teil.

11:00

MUT! Theater, Amandastr. 58
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Symposiums „Interkulturelles Theater und seine Perspektive in der deutschen**

Theaterlandschaft“.

- 11:45** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Botschafter der Schweiz, Christian Guldemann**, zum Gespräch.
- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht beim **Senatsfrühstück anlässlich des 70. Geburtstages von Bürgermeister a.D. Henning Voscherau und der Verleihung der Bürgermeister-Stolten-Medaille** ein Grußwort.

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt teil.
- 13:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Botschafter des Königreichs Dänemark, Per Poulsen-Hansen**, zum Gespräch.
- 14:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Generalkonsul von Chile, Eduardo Schott Stolzenbach**, zum Antrittsbesuch.
- 17:00** Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97
Senator Ties Rabe übergibt die **Ausbildungspreise des AGA-Unternehmensverbandes** und spricht ein Grußwort.
- 18:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt gibt einen **Senatsempfang anlässlich der Jahrestagung der Kanzlerinnen und Kanzler der deutschen Universitäten** und spricht ein Grußwort.
- 19:30** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Premiere „Der Fall der Götter“ nach dem Film „Die Verdammten“ von Lucino Visconti**.

Freitag, den 23.09.2011

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **886. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 10:30** Schule Richard-Linde-Weg, Richard-Linde-Weg 49
Senator Ties Rabe eröffnet das **„Lego-Education-Innovation-Studio“ der Schule Richard-Linde-Weg** und spricht ein Grußwort.
- 10:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt empfängt den **Botschafter von Irland, Dan Mulhall** zum Antrittsbesuch.
- 12:00** Marie-Beschütz-Schule, Schottmüllerstraße 23
Senator Ties Rabe ehrt die **Sieger des diesjährigen „Zu Fuß zur Schule“-Tages**.
- 15:45** Airport Hamburg, Terminal Tango
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Verleihung des B.A.U.M. Umweltpreises** ein Grußwort.
- 16:45** Europa-Passage am Jungfernstieg
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet die **3. Hamburger Klimanacht 2011**.

- 18:30** „On Air“, Spielbudenplatz
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort und nimmt mit Staatsrat Dr. Nikolas Hill an einem „**Get together**“ der **Kulturbehörde und der Hamburg Marketing Gesellschaft mit anschließendem Rundgang** anlässlich des „Reeperbahnfestivals“ teil.
- 19:30** Gyula Trebitsch Schule Tonndorf, Barenkrug 16
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt am **Festakt anlässlich der Umbenennung der Stadteilschule Tonndorf in „Gyula Trebitsch Schule Tonndorf“** teil und spricht ein Grußwort.
- 20:00** Grünspan, Große Freiheit 58
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die „**Warner Music Night**“ im Rahmen des Reeperbahnfestivals.
- Samstag, den 24.09.2011**
- 09:00** Hotel Grand Elysee
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Landestagung des Weißen Rings** ein Grußwort.
- 11:00** Westmole Hamburger Yachthafen in Wedel
Senator Michael Neumann besucht die Veranstaltung „**31. Senatspreis der Elbe**“.
- 14:00** Gesundheitszentrum St. Pauli, Seewartenstraße 10
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort bei der **Feier zum 10jährige Bestehens des Gesundheitszentrums St. Pauli**.
- 19:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der „**Ballett-Gala**“ der **Freunde des Ballettzentrum Hamburg e.V.**
- Sonntag, den 25.09.2011**
- 11:00** Hamburger Leichtathletikhalle, Krochmannstr. 55
Senator Michael Neumann besucht als Schirmherr die **Finalveranstaltung der 6. Hamburger Kinderolympiade**.
- 16:00** Regattastrecke im Wasserpark Dove-Elbe, Allermöher Deich 36
Senator Michael Neumann besucht das **Finalrennen der Norddeutschen Meisterschaft im Rudern** und übernimmt die Siegerehrung des Schluss-Achters.